

Fastenaktion
Alpenquai 4
Postfach 2856
6002 Luzern

+41 41 227 59 59
fastenaktion.ch

HEKS
Seminarstrasse 28
Postfach
8042 Zürich

+41 44 360 88 22
heks.ch

ÖKUMENISCHE
KAMPAGNE

*In Zusammenarbeit
mit «Partner sein»*



Fastenaktion



HEKS
Brot für alle.

Zusammenfassung

Am 16. September in Bern haben VertreterInnen von 10 unterschiedlichen kirchlichen Institutionen¹ die Frage diskutiert, welches CO₂-Restbudget aus einer Perspektive der Klimagerechtigkeit für die Schweiz angemessen ist. Aus Klimagerechtigkeitsperspektive hat die Schweiz noch das 2.17-fache der Emissionen von 2019 zur Verfügung, wenn wir das 1.5 Ziel mit 66% Wahrscheinlichkeit erreichen wollen.

Das bedeutet, dass unter der Annahme, dass die Emissionen der Schweiz im 2020 und 2021 gleich hoch sind wie die Emissionen im 2019, das klimagerechte CO₂- Restbudget der Schweiz Anfang März 2022 aufgebraucht sein wird.

Auf einem Panel haben am 26.10.2021 Prof. Dr. Sonia Seneviratne (ETH und IPCC), die Abteilungschefin Klima Andrea Burkhart (BAFU) sowie Prof. Peter Kirchschräger (Uni Luzern) dieses Resultat diskutiert.

Aus Sicht der Klimawissenschaftlerin war das präsentierte Resultat eines klimagerechten CO₂-Restbudgets (Resultat vom 16.9.) nachvollziehbar begründet. Die Zeit drängt tatsächlich. Global gesehen haben wir noch Zeit bis 2040, wenn wir ab jetzt linear reduzieren. Es gibt also noch Hoffnung, dazu braucht es aber Pioniere und first mover. Die Schweiz könnte mehr tun. Die Debatte um das klimagerechte CO₂ Restbudget zeigt: wir haben die moralische Pflicht, mehr zu tun.

Vom BAFU wurde auf Herausforderungen im schweizerischen direktdemokratischen System hingewiesen. Im Parlament müssen Mehrheiten gesucht werden, die dann auch eine Abstimmung überstehen müssen. Das revidierte CO₂ Gesetz hat das nicht geschafft. Die Herausforderung ist nicht, ein ambitioniertes Ziel zu definieren, sondern die Massnahmen auf dem Weg zu diesem Ziel dann auch mehrheitsfähig zu machen. Aus ethischer Perspektive ist der Ansatz eines CO₂-Restbudgets ein starkes Bild um Klimagerechtigkeit abzubilden. Man muss aber vorsichtig sein damit, dem Individuum (dem Wähler) zu oft die Verantwortung abzuschieben. Der Rechtsstaat hat ebenfalls eine Verantwortung. Auch Verbote sind denkbar. Es gibt Verbote die akzeptiert werden. Verbote betreffen alle gleich und sind dadurch gerechter als Lenkungsabgaben, die Reiche weniger betreffen. Kirchliche Akteure sollen sich als eine Stimme von vielen verstehen und sich im Diskurs einbringen, danach auch Niederlagen akzeptieren. Man kann daraus einen Bildungsauftrag für kirchliche Hilfswerke ableiten, die dazu dienen, auch Informationen (der Wissenschaft) zu verbreiten.

¹ Bistum Basel, Bistum St. Gallen, Justitia & Pax, Ethik22, Evangelischer Frauenbund, Grüner Fisch, Reformierte Kirche St. Gallen, oeku, HEKS und Fastenaktion

Resultate Paneldiskussion Hotel Kreuz Bern, 26.10.2021

Input BAFU zu CH Klimapolitik

Input Stefan Salzmann: Rückblick 16.09.2021:

Am 16. September in Bern haben VertreterInnen von 10 unterschiedlichen kirchlichen Institutionen² die Frage diskutiert, welches CO₂-Restbudget aus einer Perspektive der Klimagerechtigkeit für die Schweiz angemessen ist.

Diskutiert wurde anhand von 7 Kriterien³, die unser Partner INDP (Institut für Nachhaltigkeits- und Demokratiepoltik) in Luzern mit wissenschaftlichen Daten hinterlegt und operationalisiert hat. Basis ist das IPCC 1.5-Grad Szenario mit 66% Wahrscheinlichkeit. Für jedes dieser Kriterien kann berechnet werden, wie hoch das entsprechende verbleibende CO₂-Emissionsbudget für die Schweiz ist:

Aus ethischer Sicht ging es darum zu beurteilen, welche Kriterien mit welchem Gewicht einbezogen werden, um ein klimagerechtes CO₂-Emissionsrestbudget für die Schweiz festzulegen. Die gewichteten Kriterien wurden im Anschluss in ein CO₂-Restbudget für die Schweiz umgerechnet.

Resultat:

Aus Klimagerechtigkeitsperspektive hat die Schweiz noch das 2.17-fache der Emissionen von 2019 zur Verfügung, wenn wir das 1.5 Ziel mit 66% Wahrscheinlichkeit erreichen wollen.

Das bedeutet, dass unter der Annahme, dass die Emissionen der Schweiz im 2020 und 2021 gleich hoch sind wie die Emissionen im 2019, das klimagerechte CO₂- Restbudget der Schweiz Anfang März 2022 aufgebraucht sein wird.

Paneldiskussion 26.10.2021, Hotel Kreuz in Bern:

- Prof. Dr. Sonia Seneviratne
- Andrea Burkhart
- Prof. Peter Kirchschräger
- Bernd Nilles (Moderation)

Sonia Seneviratne:

Ein CO₂-Budget bringt gegenüber Netto-0-Jahreszielen den Vorteil, dass man eine direkte Verbindung zwischen Temperatur und CO₂-Menge herstellen kann. Das heute präsentierte Resultat eines klimagerechten CO₂-Restbudgets (Resultat vom 16.9.) ist nachvollziehbar begründet. Die aktuelle Politik ist nicht auf einem 1.5 Grad Kurs und die Wissenschaft zeigt klar, dass bereits die Unterschiede zwischen 1.5 Grad Erwärmung und 2 Grad gross sind.

Es gibt noch Hoffnung, dazu braucht es aber Pioniere und first mover. Die Schweiz kann mehr tun. Die Debatte um das klimagerechte CO₂ Restbudget zeigt: wir haben die moralische Pflicht, mehr zu tun.

² Bistum Basel, Bistum St. Gallen, Justitia & Pax, Ethik22, Evangelischer Frauenbund, Grüner Fisch, Reformierte Kirche St. Gallen, oeku, HEKS und Fastenaktion

³ 1. Aktuelle Emissionen; 2. Absatzprinzip; 3. Konsumprinzip; 4. Historische Emissionen seit 1850; 5. Historische Emissionen seit 1990; 6. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; 7. Innovationsfähigkeit

Andrea Burkhart:

In unserem schweizerischen direkt demokratischen System sind Limiten vorhanden, z.B. im Gesetzgebungsprozess. Im Parlament müssen Mehrheiten gesucht werden, die dann auch eine Abstimmung überstehen können müssen. Das revidierte CO₂ Gesetz hat das nicht geschafft. Die Herausforderung ist nicht, ein ambitioniertes Ziel zu definieren, sondern die Massnahmen auf dem Weg zu diesem Ziel dann auch mehrheitsfähig zu machen.

Für schweizerische Abstimmungen sind nationale Herausforderungen und nationale Ungerechtigkeiten viel wichtiger als globale Solidarität.

Angesichts der Zeit vor uns müssen wir uns auf einen Marathon einstellen und nicht auf einen Sprint. Wenn wir jetzt für die Quick Wins viel investieren und uns dann langfristig der Atem ausgeht werden wir das Ziel Netto-0 und später Netto-Minus nicht schaffen.

Peter Kirchschräger:

Das CO₂-Restbudget ist ein starkes Bild um Klimagerechtigkeit abzubilden.

Zum Marathon Argument muss man sagen, dass der überragende Konsens in der Klimawissenschaft sagt, dass für einen Marathon die Zeit nicht mehr reicht. Was wir dem Planeten noch zumuten wollen ist eine ethische Frage. Eine Wahrscheinlichkeit von 66% zu akzeptieren ist bereits eine verantwortungslose Strategie.

Man muss vorsichtig sein damit, dem Individuum zu oft die Verantwortung abzuschieben (Individuen sind Wähler, Konsumierende etc.). Der Rechtsstaat hat ebenfalls eine Verantwortung. Der Staat muss Unternehmen selbstbewusster gegenüber treten. Freiwilligkeit reicht nicht immer, auf den Markt und auf gewinnbringende Businesscases für die Problemlösung warten reicht auch nicht, auch Verbote sind denkbar. Es gibt Verbote die akzeptiert werden. Verbote betreffen alle gleich und sind dadurch gerechter als Lenkungsabgaben, die Reiche weniger betreffen. Verbote könnten eine Lösung für die schweizerisch nationale Klimaungerechtigkeitsdebatte sein.

Die theologisch-ethische Perspektive auf das Äusserungsverhalten kirchlicher Akteure: Schweigen ist keine Option, man soll sich als Stimme verstehen, als eine Stimme von vielen und sich im Diskurs behaupten, Danach auch Niederlagen akzeptieren. Man kann daraus einen Bildungsauftrag für kirchliche Hilfswerke ableiten, die dazu dienen, auch Informationen (der Wissenschaft) zu verbreiten.